

/// Die Vermüllung unseres Planeten stoppen

DER WEG IN DIE KREISLAUFWIRTSCHAFT

ANJA WEISGERBER /// Jedes Jahr werden weltweit 348 Millionen Tonnen Kunststoff produziert.¹ Ein großer Teil davon sind Einwegverpackungen. Große Mengen dieser Plastikabfälle landen jedes Jahr in den Ozeanen. Das muss sich ändern. Mit der vom Europäischen Parlament beschlossenen Plastikstrategie und dem Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft kann die Kehrtwende gelingen.

Plastik ist allüberall

In Europa fielen im Jahr 2016 27,1 Millionen Tonnen Kunststoffabfall an. Davon wurden etwa 7 Millionen Tonnen deponiert und rund 20 Millionen zurückgewonnen.² Damit kommt Europa eine Vorreiterrolle zu. Vor allem viele asiatische Staaten haben jedoch mit großen Mengen an schlecht entsorgtem Plastik zu kämpfen – mit massiven Folgen für die Umwelt weltweit. Denn wird Plastikmüll nicht ordnungsgemäß entsorgt oder recycelt, gelangt er vor allem durch Flüsse in die Ozeane. Allein im Pazifik, zwischen Kalifornien und Hawaii, hat sich in den vergangenen Jahren

der „Great Pacific Garbage Patch“ gebildet. Auf einer Fläche von rund 1,6 Millionen Quadratkilometern treiben alleine dort geschätzt bis zu 129.000 Tonnen Plastik im Meer.³ Auch in europäischen Gewässern ist immer mehr Kunststoffabfall zu finden.

Plastikmüll in den **GEWÄSSERN** ist ein weltweites Problem.



Quelle: Romolo Tavani/Stockphoto

Ein Meer aus Kunststoff – nicht nur die Ozeane vermüllen zunehmend und ersticken buchstäblich im Plastik.

So gut wie jedes Unternehmen nutzt Kunststoffe im Herstellungsprozess, verarbeitet diese in seinen Produkten oder deren Verpackung. Kunststoffe haben viele Vorteile: Sie sind vielseitig verwendbar, leicht, vergleichsweise günstig und besonders langlebig, werden aber häufig nur einmal genutzt und dann entsorgt. Und genau hier liegt eines der zentralen Probleme: Plastik kann von der Natur nicht abgebaut werden. Im Meer wird Plastik von Wind und Wellen langsam zermahlen. Bei einer Plastiktüte dauert dies bis zu 20 Jahre, bei einem Becher bis zu 50 und bei einer Kunststoffflasche mitunter 450 Jahre.⁴ Damit ist das Plastik jedoch nicht verschwunden. Die verbleibenden Mikropartikel gelangen beispielsweise über Fische in die Nahrungskette und

stellen so eine Gefahr für Mensch und Umwelt dar.

Eine aktuelle Studie der University of Newcastle in Australien im Auftrag des WWF hat ergeben, dass jeder Mensch pro Woche rund fünf Gramm Mikroplastik zu sich nimmt – über das Wasser, die Luft und die Nahrung. Das entspricht etwa dem Gewicht einer Kreditkarte. Es besteht also dringend politischer Handlungsbedarf.

Maßnahmen der EU

Um der Verschmutzung unserer Ökosysteme durch Plastik entgegenzuwirken, hat die Europäische Kommission Anfang 2018 eine „Europäische Strategie für Kunststoffe“ vorgelegt. Im April 2019 hat das Europäische Parlament die sogenannte Plastikstrategie beschlos-

sen. Im Fokus der öffentlichen Diskussion stand dabei vor allem das Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Einweggeschirr oder Strohhalme, welches ab 2021 greifen wird. Für diese Einwegkunststoffe gibt es bereits heute umweltfreundliche Alternativen aus Holz, Mais, Zuckerrohr, Bambus oder Palmblatt. Auch die Verwendung von Mikroplastik, welches besonders häufig in Kosmetika wie Peelingsubstanzen zum Einsatz kommt und darüber ins Abwasser gelangt, soll reduziert werden. Deutschland kommt auf europäischer Ebene in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle zu. Im Rahmen eines Dialogs zwischen dem Bundesumweltministerium und Kosmetikerherstellern wurde bereits vereinbart, dass der Einsatz von Mikroplastik in Kosmetika so schnell wie möglich, spätestens aber bis 2020 beendet werden soll.

Die Bundesregierung plant, sich auch auf europäischer Ebene nicht nur für eine Reduzierung der Verwendung von Mikroplastik, sondern für ein generelles Verbot einzusetzen. Dazu wurde zunächst ein umfangreiches Forschungsprogramm zur Klärung der noch offenen Fragen rund um Kunststoff in der Umwelt eingerichtet. Dabei geht es auch um weitere Mikroplastikquellen wie zum Beispiel aus Reifenabrieb, gegen die geeignete Maßnahmen festzulegen sind.

Über das Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik und die Reduzierung der Verwendung von Mikroplastik hinaus sieht die Strategie der EU noch deutlich weitergehende Maßnahmen vor: Ab dem Jahr 2030 sollen alle Kunststoffverpackungen in der Europäischen Union recyclingfähig sein. Ziel ist, die Abfallmengen zu reduzieren und zu vermeiden, dass Materialien achtlos weggeworfen, verbrannt oder auf Deponien

gelagert werden, obwohl sie recycelt werden können. Die geringe Verwendung von recycelten Kunststoffen lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass Hersteller und Produzenten befürchten, dass recycelte Kunststoffe nicht ausreichend verfügbar sind und zudem nicht die nötige Qualität aufweisen. Daher sind auch Verpackungshersteller bei der Umsetzung der Plastikstrategie gefordert. Sie müssen nachhaltiger und kreislauforientierter arbeiten. Dazu muss die Politik Anreize für Innovationen und neue, intelligente Lösungen schaffen und diese belohnen.

Ziel ist die alleinige Verwendung von **RECYCLINGFÄHIGEN Kunststoffverpackungen europaweit ab 2030.**

Die Politik muss klare Anreize schaffen

Dabei muss es um tatsächliche Anreize gehen, nicht ausschließlich um Verbote. Die Kunststoffindustrie ist für die europäische Wirtschaft von nicht unerheblicher Bedeutung. Sie beschäftigt 1,5 Millionen Menschen und erzielte 2017 einen Umsatz von 350 Milliarden Euro.⁵ In Deutschland setzte die Plastikbranche laut Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) im Jahr 2017 insgesamt 63,7 Milliarden Euro um.⁶ Dies ist ein im Rahmen der umwelt- und klimapolitischen Maßnahmen nicht zu vernachlässigender Faktor. Mit der Verbesserung der Nachhaltigkeit können jedoch neue Chancen für

Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen eröffnet werden.

Die Bundesregierung hat mit dem Verpackungsgesetz, welches Anfang 2019 die Verpackungsverordnung abgelöst hat, in diesem Zusammenhang bereits Wichtiges in die Wege geleitet. So werden die dualen Systeme verpflichtet, ökologische Kriterien bei der Bemessung ihrer Lizenzentgelte zu berücksichtigen, ein wichtiger Anreiz für die Verbesserung der Nachhaltigkeit. Weniger zahlt, wer Verpackungen verwendet, die gut recycelt werden können, die recyceltes Material oder nachwachsende Rohstoffe enthalten.

Im Zuge des neuen Verpackungsgesetzes wurde auch ein Verpackungsregister eingeführt. Damit wird sichergestellt, dass für alle tatsächlich angefallenen Verpackungsabfälle auch Lizenzentgelte an die dualen Systeme gezahlt werden. Egal, auf welchem Wege diese letztlich entsorgt werden. Somit trägt jeder Hersteller auch tatsächlich die Kosten der Entsorgung seiner Verpackung. Auch der Onlinehandel, dessen Verpackungen bislang durch die dualen Systeme gesammelt und recycelt wurden, muss sich so zukünftig an der Finanzierung der Entsorgung beteiligen. Auf diese Weise gibt es nicht nur mehr Kostengerechtigkeit, sondern auch die Umwelt profitiert. Es werden Anreize geschaffen, Verpackungsmaterial einzusparen bzw. umweltfreundlich zu gestalten.

Recyclingvorreiter Deutschland

Die Recyclingquote für Kunststoffverpackungen soll in Deutschland bis 2022 von bislang 36% auf 63% erhöht werden. Damit wird die Quote über den von der EU-Verpackungsrichtlinie vorgege-

benen Zielen von 50% im Jahr 2025 und 55% ab 2030 liegen. Damit werden weniger Kunststoffe verbrannt und mehr recycelt. Eine Deponierung von Kunststoffen ist in Deutschland ohnehin seit 2005 nicht mehr vorgesehen. Mit den Vorgaben aus dem Verpackungsgesetz wird sich die Menge an recycelten Kunststoffverpackungen etwa verdoppeln. Die Entsorgungswirtschaft hat bereits in zusätzliche Sortier- und Recyclinganlagen investiert. Deutschland ist hier auf einem guten Weg.

Europa auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft

Dem Recycling von Kunststoffen kommt im Rahmen des von der Europäischen Union und der Bundesregierung gleichermaßen angestrebten Systems der Kreislaufwirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Aber nicht nur der material-spezifische Lebenszyklus von Plastikprodukten und deren kreislauforientierte Produktgestaltung sowie die vermehrte Verwendung von Kunststoffzyklen stehen in diesem Zusammenhang im Fokus. Das System sieht Weitergehendes vor: Die Kreislaufwirtschaft ist ein System, bei dem der Wert von Produkten, Materialien und vor allem der, der Natur entnommenen Ressourcen in der Wirtschaft so lange wie möglich erhalten bleiben soll – ein klarer Gegensatz zur bislang vorherrschenden Linearwirtschaft, auch Wegwerfwirtschaft genannt. Durch Wiederverwendung, Reparatur, Aufarbeitung und Recycling soll der Lebenszyklus der Produkte verlängert werden. Gleichzeitig bedeutet dies, dass Abfälle auf ein Minimum reduziert werden, denn auch, nachdem ein Produkt das Ende seiner Lebensdauer erreicht hat, bleiben die Ressourcen soweit möglich in der Wirt-

schaft. Die Wiederverwendung gebrauchter Produkte und Materialien wie auch der längere Gebrauch und die intensivere Nutzung von Konsum- und Industriegütern sind dabei ein essenzieller Teil des Systems.

Wir müssen von Wegwerfwirtschaft auf KREISLAUFWIRTSCHAFT umstellen.

Begrenzte Verfügbarkeit vieler Ressourcen

Nicht nur im Hinblick auf die Vermeidung von Abfall ist dies von Bedeutung, auch die steigende Nachfrage nach Rohstoffen sowie die Ressourcenknappheit machen die Kreislaufwirtschaft zu einer Notwendigkeit. Viele wichtige Rohstoffe wie zum Beispiel seltene Erden oder Edelmetalle sind nur begrenzt verfügbar. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach ihnen. Auch die Gewinnung dieser Rohstoffe hat häufig erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt, da diese mit einem erhöhten Energieverbrauch und CO₂-Emissionen einhergeht. Mit einer intelligenteren Nutzung dieser Ressourcen wird nicht nur Abfall vermieden, sondern werden auch die CO₂-Emissionen gesenkt.

Um das System der Kreislaufwirtschaft umzusetzen, hat die Europäische Union bereits 2008 die EU-Abfallrahmenrichtlinie aktualisiert. Im Jahr 2015 legte die Kommission einen Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft vor und erließ 2018 mit einem weiteren Verordnungspaket neue Regeln für die Abfall-

wirtschaft. Dabei gilt die novellierte Abfallrahmenrichtlinie als Grundlage. Des Weiteren umfasst das Paket die Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle sowie die Richtlinie über Elektro- und Elektroaltgeräte. Mit diesem Paket werden nicht nur neue Vorgaben zum Recycling sowie zur Reduktion deponierbarer Abfälle gemacht, es gelten zukünftig auch neue und strengere europaweite Anforderungen an die Herstellerverantwortung für Produktion, Produktrücklauf, -trennung und -aufbereitung.

Vorteile für Verbraucher und Wirtschaft

Neben der Schonung von Ressourcen und der Vermeidung von Müll profitieren in einem solchen System auch unmittelbar die Verbraucher. Produkte sollen langlebiger und innovativer werden. Damit können Kosten gespart und die Lebensqualität erhöht werden. Auch für Unternehmen bringt das System der Kreislaufwirtschaft nicht nur Verpflichtungen. Es ist davon auszugehen, dass durch Wiederverwendung, Abfallvermeidung, Ökodesign und weitere ähnliche Maßnahmen Unternehmen in der EU von jährlichen Nettoeinsparungen in Milliardenhöhe profitieren.⁷ Auch die europäische Ökodesign-Richtlinie macht anspruchsvolle Vorgaben für Materialeffizienz, Recyclingfähigkeit und Reparierbarkeit.

Grundlage für die Kreislaufwirtschaft ist in Deutschland das Kreislaufwirtschaftsgesetz, welches am 1. Juni 2012 in Kraft trat und die Vorgaben des europäischen Abfallrechts umsetzt. Den Kern des Gesetzes bildet eine fünfstufige Abfallhierarchie von Abfallvermeidung, Wiederverwertung, Recycling sowie der energetischen Verwertung von

Abfällen bis hin zur Abfallbeseitigung durch die Abgabe an die Umwelt unter Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte. Vorrang hat dabei die jeweils beste Option aus Sicht des Umweltschutzes. Klar ist, dass die Kreislaufwirtschaft konsequent auf die Abfallvermeidung und das Recycling ausgerichtet ist.

Grundlage für die Kreislaufwirtschaft ist das **KREISLAUFWIRTSCHAFTSGESETZ** von 2012.

Verantwortung der Hersteller

Auf die für Deutschland vorgesehenen Recyclingquoten wurde bereits eingegangen. Im Rahmen der Abfallvermeidung wie in der gesamten Abfallwirtschaft kommt der Produktverantwortung eine große Bedeutung zu. Diese ist, wie bereits erwähnt, auch im europäischen Recht verankert. Hersteller sind gemäß den Vorgaben aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz auch dann noch in der Pflicht, wenn aus ihren Produkten Abfall wird. Dies bezieht sich vor allem auf die Rücknahme und Verwertung. Eine umweltverträgliche Verwertung oder Beseitigung soll damit sichergestellt werden. Gleichzeitig sollen aber auch Anreize geschaffen werden, Abfälle schon bei der Herstellung von Produkten zu vermeiden. Konkrete Vorgaben für bestimmte Produkte werden durch gesonderte Gesetze oder Verordnungen gemacht. Darunter fallen unter anderem das Elektro- und Elektronikgerätege-

setz, das Batteriangesetz, aber auch das Verpackungsgesetz.

Sämtliche getroffenen Maßnahmen leben jedoch nicht ausschließlich von der Verantwortung der Hersteller. Auch die Verbraucher sind angehalten, zum Beispiel durch die Rückgabe von leeren Batterien bei entsprechenden Sammelstellen, einen Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung der Kreislaufwirtschaft zu leisten. Der Handel wiederum ist verpflichtet, Altbatterien unentgeltlich zurückzunehmen und entsprechende Sammelboxen bereitzustellen. Die Batteriehersteller sind ihrerseits verantwortlich für die umweltverträgliche Verwertung der gesammelten leeren Batterien.

Nur mit der Verantwortung der Unternehmen und der Unterstützung der Verbraucher – der Bürger – lässt sich die europäische wie auch die bundesdeutsche Politik zur Herstellung der Kreislaufwirtschaft erfolgreich umsetzen und die bereits gravierende und stetig zunehmende Vermüllung unseres Planeten stoppen. Es besteht hier weiterhin großer Handlungsbedarf.

Umweltschutz als Teil der Entwicklungshilfe

Bei allen richtigen und wirksamen Maßnahmen, die wir in diesem Zusammenhang in Deutschland und Europa treffen, dürfen wir nie aus den Augen verlieren, dass Umwelt- und Klimaschutz, dass das Verhindern der Vermüllung und Verschmutzung unserer Ökosysteme bereits heute stattfinden muss und nur mit internationalen Anstrengungen gelingen kann. Allein können wir die Umwelt nicht retten. Mit dem Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 strebt die Weltgemeinschaft zwar vor allem an, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf höchstens

2, möglichst aber unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Es werden jedoch auch Ziele und Maßnahmen im Bereich der Abfall- und Kreislaufwirtschaft formuliert. Schätzungen zufolge können die weltweiten Treibhausgasemissionen durch eine optimierte Abfallwirtschaft um etwa 10% bis 15% reduziert werden.⁸ Die deutsche Bundesregierung ist zudem offen für ein UN-Abkommen gegen Plastikmüll in den Weltmeeren. Internationale Vereinbarungen mit dieser Stoßrichtung gilt es zu unterstützen. Da Verhandlungen über solche internationalen Abkommen langwierig sind, braucht es aber parallel dazu weitere Anstrengungen.

Besondere Verantwortung Deutschlands

Deutschland kommt in diesem Zusammenhang ohnehin eine besondere Verantwortung zu. Mit einer entwickelten Industrie und einem im europäischen Maßstab überdurchschnittlich hohen Pro-Kopf-Verbrauch an Plastik fällt die Bundesrepublik ins Gewicht. Deutschland verfügt aber auch über modernste Sortier- und Recyclingtechnologien und kann und muss so die Potenziale der Plastikreduzierung nutzen. Auch international, über Europa hinaus, ist Deutschland in diesem Zusammenhang in der Verantwortung, denn vor allem für Entwicklungsländer stellt der Umwelt- und Klimaschutz eine besonders große Herausforderung dar. Diese Länder verfügen meist weder über die finanziellen Mittel noch über die entsprechenden modernen Technologien, um ihre Wirtschaft klimafreundlich zu gestalten und die Umwelt entsprechend schützen zu können. Im Ranking der Flüsse weltweit, die die größte Menge an Kunststoffmüll ins Meer spülen, waren

im Jahr 2017 zehn Flüsse in Afrika und Asien an der Spitze. Sie sind für rund 90% des Plastikeintrages in die Meere verantwortlich.⁹

ENTWICKLUNGSHILFE muss auch Umwelt- und Klimaschutz einbeziehen.

Ein Hauptfokus der deutschen Entwicklungshilfepolitik ist daher die Unterstützung der Partnerländer bei der Vermeidung von Abfall auf ökologische, soziale und wirtschaftliche Weise sowie bei der Sammlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit andere Staaten dabei, Strategien und rechtliche Regelungen zu erarbeiten sowie entsprechende Strukturen aufzubauen. Außerdem fördert es die Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften. Zum Aufbau von Verwertungs- und Entsorgungsanlagen stellt es Finanzierungsinstrumente bereit. Auch über ein internationales Verbot von unsortiertem Plastikmüll gilt es zu diskutieren. Müll ist ein international gehandeltes Wirtschaftsgut. Jedoch wird dieser Müll nicht immer von legalen Importeuren ins Land gebracht. Häufig können die Firmen vor Ort den Müll nicht recyceln und dieser verschmutzt so die Landschaft und die Gewässer. Europa ist in der Verantwortung, seinen Plastikmüll selbst zu sortieren und selbst zu recyceln.

Umweltpolitik funktioniert nur mit den Menschen

Aktuell herrscht in der Gesellschaft eine gestiegene Sensibilität für Umweltfragen, die sich vor allem unter den jungen Menschen in der „Fridays For Future“-Bewegung zeigt. Der Politik wird oft vorgeworfen, zu weit weg vom täglichen Leben der Menschen zu sein. Mit den Anstrengungen in Sachen Umwelt- und Klimapolitik sind sowohl Berlin als auch Brüssel ganz nah an den Bürgern und ihren Interessen und nehmen diese ernst. Die Akzeptanz der Menschen für die zu treffenden Maßnahmen ist besonders in diesem Bereich Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik. Und die Menschen haben erkannt, dass jeder Einzelne ganz aktiv auch im Kleinen zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen kann und muss, auch, um die weitere Vermüllung unseres Planeten zu stoppen. Die EU-Vorgaben zum Plastiktütenverbrauch erfüllt Deutschland beispielsweise bereits jetzt mit weniger als 30 Tüten pro Kopf und Jahr. Große Mengen Plastikmüll werden jedoch weiterhin durch den Verbrauch von Einwegbechern für Kaffee und andere Heißgetränke produziert. 2,8 Milliarden solcher Einwegbecher verwenden die Deutschen pro Jahr. Dazu kommen noch die entsprechenden Einwegdeckel.¹⁰ Mit dem Verwenden von Mehrwegbechern oder auch der Einführung von Pfandsystemen dafür kann und

muss hier gegengesteuert werden. Über allen Bemühungen muss der Gedanke stehen, unseren Kindern eine gesunde und lebenswerte Welt zu hinterlassen. Das ist auch für die politischen Akteure Ziel und Ansporn zugleich. ///



Foto: Tobias Koch

/// DR. ANJA WEISGERBER, MDB
ist Mitglied des Deutschen Bundestages und
Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-
Fraktion, Obfrau im Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit, Berlin.

Anmerkungen

- ¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167099/umfrage/weltproduktion-von-kunststoff-seit-1950/>, Stand: 1.7.2019.
- ² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/206843/umfrage/kunststoffabfallaufkommen-und-recycelte-menge-kunststoff-in-europa/>, Stand: 1.7.2019.
- ³ <https://www.nature.com/articles/s41598-018-22939-w>, Stand: 1.7.2019.
- ⁴ <https://www.initiative-mikroplastik.de/index.php/themen/zersetzungskinetik>, Stand: 1.7.2019.
- ⁵ <https://www.plasticseurope.org/de/newsroom/press-releases/pressemitteilungen-2018/plastics-facts-2018-erschiene>, Stand: 1.7.2019.
- ⁶ <http://www.gkv.de/de/service/presse/gkv-aschermittwochspressekonferenz-2018.html>, Stand: 1.7.2019.
- ⁷ https://www.fona.de/medien/pdf/Ressourceneffiziente_Kreislaufwirtschaft.pdf, Stand: 1.7.2019.
- ⁸ <http://www.bmz.de/de/themen/abfall/klimawandel/index.html>, Stand: 1.7.2019.
- ⁹ https://www.ufz.de/index.php?de=36336&webc_pm=34/2017, Stand: 1.7.2019.
- ¹⁰ <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/mehrweg-statt-einweg-fuer-kaffee-co>, Stand: 1.7.2019.

JEDER kann und muss etwas tun, z. B. Mehrwegbecher nutzen.